Scirocco - Kurzinfo aus Italien

10.11.2026: Weder hier noch anderswo

Die nationale Migrationspolitik der CPRs, Italiens menschenrechtsverletzende Abschiebehafteinrichtungen, unter Melonis rechtsextremer Regierung steht im Widerspruch zu lokalen politischen Interessen. Die CPRs werden den Regionalregierungen aufgezwungen, da sie als Maßnahme zur Gewährleistung der nationalen Sicherheit dargestellt werden.

Es scheint, als nutze die rechtsextreme Regierung um Giorgia Meloni die Vorschläge für Standorte neuer CPRs im Rahmen einer polarisierenden politischen Strategie. In Regionen mit günstigen politischen Mehrheiten läuft die Initiative des italienischen Innenministers Matteo Piantedosi offene Türen ein. In Regionen jedoch, in denen die Mehrheit neuen CPRs ablehnend gegenübersteht und generell gegen die Idee ist, Menschen auf der Flucht in Gewahrsam zu nehmen, ermöglicht die Diskussion, öffentliche Debatten über Migration (wieder) anzustoßen und zu intensivieren. Das sorgt für einen diskursiven Wandel, durch den das Thema Migration ganz oben auf die politische Agenda rückt.

Die rechtsextremen Narrative der Regierung Meloni, die Migration als Bedrohung darstellen und angeblich der Sicherheit Vorrang einräumen, stoßen bei der Planung von CPRs auf regionaler Ebene in Italien an reale politische Grenzen. Anfang Oktober stellte Piantedosi den Plan für sechs neue CPRs in Castel Volturno, Aulla, Trient, Bozen, Bologna und Crotone vor. Während einige Regionen Zustimmung signalisierten, sprachen sich die meisten Regionen aufgrund von Ineffizienz, mangelnden Kapazitäten und fehlender wirtschaftlicher Sinnhaftigkeit dagegen aus, während andere Regionen aus moralischen Gründen generell gegen das Konzept der CPRs argumentieren.

Die Kritik ist nicht nur politischer oder wirtschaftlicher Natur. Sie betrifft die Haftbedingungen der Inhaftierten und die Folgen des Freiheitsentzugs in Einrichtungen ohne strafrechtliche Verurteilung. CPRs gelten als Orte, welche die psychische und physische Gesundheit der Menschen beeinträchtigen, die dort gegen ihren Willen festgehalten werden. Die Einrichtungen der CPRs sind für die Öffentlichkeit nicht zugänglich und es gibt erhebliche Einschränkungen für Besuche von Expert*innen, die die hygienischen und gesundheitlichen Verhältnisse in den CPRs begutachten. Zudem kommt es regelmäßig zu Machtmissbräuchen durch Beamte und der Zugang zu Informationen über die eigene Situation, Rechte und potentielle Rechtshilfen wird Menschen in CPRs strukturell verwehrt.

Die Verschärfung der Einwanderungspolitik durch die Regierung ebnet den Weg für restriktive Maßnahmen, die sich auch gegen Bevölkerungsgruppen richten, die sich gegen den grassierenden Rassismus wehren. Derzeit laufen Ermittlungen gegen mehrere Ärzt*innen im Zusammenhang mit mutmaßlich gefälschten Attesten, die die Gesundheit von Menschen, die zu menschenunwürdigen Haftbedingungen gezwungen werden, medizinisch garantieren sollen

Künftig werden ärztliche Gutachten in CPRs, die bescheinigen, dass eine Person für die Abschiebungshaft in einem CPR ungeeignet ist, nicht mehr bindend sein. Die Debatte über CPRs in Italien macht diejenigen, die während der Pandemie als Held*innen gefeiert wurden, systematisch zu Kriminellen und treibt medizinisches Personal auf die Straße, um gegen CPRs zu protestieren.

Die italienische Regierung gestaltet sich die Welt, wie sie ihr gefällt. Ungeachtet der Kosten, vorzugsweise jedoch auf Kosten von marginalisierten Menschen. Während Melonis rechtsextreme Regierung täglich die sozioökonomisch Benachteiligten und Menschen mit Migrationshintergrund gegeneinander ausspielt, verläuft die Strategie der Regierung in Bezug auf die CPRs nicht ohne Widerstand. Auf nationaler Ebene wären soziale Investitionen in den Bereichen Bildung, Infrastruktur und Gesundheitswesen erforderlich, wie die regionale Bevölkerung und die entsprechenden Landesregierungen immer wieder fordern. Die rechtsextreme Regierung räumt jedoch dem Ausbau des restriktiven Einwanderungssystems Vorrang ein und zieht damit den Zorn der Menschen in den italienischen Regionen auf sich. Einmal mehr wird eine nachhaltige Sozialpolitik zugunsten einer rassistischen Migrationspolitik geopfert.

Unabhängig von den Diskussionen zwischen der nationalen und den regionalen Regierungen, ist es wichtig klarzustellen, dass CPRs grundsätzlich nicht existieren sollten. Sie sind moralisch verwerfliche Einrichtungen, in denen systematisch und auf Grundlage rassistischer Motive die Rechte von Menschen verletzt werden. Im gemeinsamen Widerstand versammelten sich Ende Oktober Menschen aus ganz Italien in Castel Volturno, um zu protestieren. Hier soll eines der sechs neuen CPRs mitten in einem Naturschutzgebiet errichtet werden. Unter dem Motto „Ni al Castel Volturno ni altrove“ (Weder in Castel Volturno noch anderswo) widersetzten sie sich den Plänen der Regierung für weitere CPRs, die rassistische Gewalt begünstigen, und verurteilen die Ignoranz gegenüber den lokalen Bedürfnissen und Herausforderungen.

Entgegen dem Willen der regionalen Bevölkerung wird das CPR in Castel Volturno jedoch voraussichtlich gebaut werden. Die Baugenehmigung wurde bereits erteilt. Eine politische Entscheidung einer Regierung, welche die Besonderheiten und Bedürfnisse der Regionen nicht anerkennt. Die migrationspolitischen Pläne der Regierung treiben die Menschen auf die Straße und werden dies auch weiterhin tun. Auf regionaler Ebene gibt es bereits kleine, oft auf Spenden basierte Initiativen, welche wohlfahrtsstaatliche und inkludierende Aufgaben übernehmen, welche die extrem rechte Regierung nicht wahrnehmen will. Diese zieht es vor, Menschen willkürlich zu inhaftieren, sie zu misshandeln und in den Tod zu treiben. Zwar können die regionalen Initiativen die von der nationalen Regierung verursachten strukturellen Mängel nur teilweise ausgleichen, doch machen sie deutlich, dass Italiens Regionen, ihre Zivilgesellschaft und teilweise sogar die Regionalregierungen einen gemeinsamen Willen teilen. Sie wollen inklusive Maßnahmen zur sozialen Sicherung umsetzen, nachhaltige und pluralistische Lösungen für die alltäglichen Probleme der lokalen Gemeinschaften suchen und sich nicht durch rassistische Kategorien spalten lassen. Was bietet die extrem rechte Nationalregierung außer sozialer Spaltung und rassistisch motivierten Inhaftierungen?